

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

26.10.1929 (No. 250)

Expedition: Karlsruher Zeitung Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. - Einzelnummer 10 Pf. Samstags 15 Pf.

Die Revisionsklausel des Youngplanes

Die Gegner des Youngplanes behaupten, daß er keinerlei Möglichkeiten der Revision enthalte. Entspricht diese Behauptung den Tatsachen?

Als die deutschen Sachverständigen sich in Paris zur Annahme des Youngplanes entschlossen, taten sie dies nur unter der Bedingung, daß in den Wortlaut des Vertrages eine Revisionsklausel eingebaut werde.

Der Ausschuss hat nach seiner Einberufung die Lage Deutschlands gründlich zu untersuchen und hierauf der Internationalen Bank und den beteiligten Regierungen seine Vorschläge zu unterbreiten.

Disziplinarverfahren in Preußen

Berlin, 26. Okt. (Priv.-Tel.) Der Bürgermeister von Schöneberg, der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Berndt, hat dem „Kölnischen Volksblatt“ zufolge an den Berliner Magistrat ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß er nicht in der Lage sei, die Verfügung auszuführen, wonach die bekannte Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten über das Verhalten der Beamten gegenüber dem Volksbegehren an die ihm unterstellte Beamtenchaft weitergegeben werden sollte.

Von unterrichteter preussischer Seite wird dazu erklärt, daß die Aufhebung der Immunität nur durch den Reichstag selbst erfolgen kann, dieser Passus in dem Schreiben Berndts also die Bedeutung hat, daß er sich der Aufhebung nicht widersetzen würde.

Ein Regierungsrat vom Amt suspendiert

Reichsfinanzminister Dr. Gilsperding hat, laut „Vorwärts“, den nationalsozialistischen Regierungsrat Dr. Fabricius vom Landesfinanzamt Berlin mit sofortiger Wirkung vom Amt suspendiert. Auf Anordnung der Reichsregierung war am 22. Oktober ein Teil des Auftrags des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei vom 30. September 1929 als „Stresemanns Vermächtnis“ in den Dienstgebäuden angeschlagen worden.

Zu den bayerischen Gemeindevätern. In München waren Bestrebungen im Gange, eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Diese ist aber bereits daran gescheitert, daß keine Einigung zwischen Bayerischer und Deutschnationaler Volkspartei zustande gebracht werden konnte.

Ein Stresemannplan in Dresden. Die Stadtverordneten in Chemnitz nahmen einen Antrag an, den Wilhelmplatz in Dresden-Kleiststadt in Stresemannplatz umzubenennen.

Letzte Nachrichten

Berabsetzung der amerikanischen Reparationsansprüche

Abmachungen außerhalb des Youngplanes

Im Staatsdepartement in Washington wurde am Freitag zu Berliner Meldungen über Verhandlungen hinsichtlich einer Neuregelung der deutschen Reparationszahlungen an die Vereinigten Staaten erklärt, daß es sich bei diesen Verhandlungen um den Entwurf eines Vertrages zwecks Herabsetzung der von Deutschland zu leistenden Zahlungen handle, und zwar entsprechend dem am 19. Mai d. J. bei einer Konferenz im Weißen Haus gefassten Beschluß, die amerikanischen Ansprüche in prozentualen Verhältnis zu der von den Alliierten zugesicherten Herabsetzung der deutschen Reparationszahlungen zu ermäßigen.

W.D. London, 26. Okt. (Tel.) „Times“ berichtet aus Washington: Das Staatsdepartement hatte vorläufig nicht die Absicht, die Tatsache bekanntzugeben, daß in Berlin Verhandlungen über die Zahlungen im Gange sind, die von Deutschland den Vereinigten Staaten geschuldet werden, und daß in angemessener Zeit ein Vertrag unterzeichnet werden wird.

Der Korrespondent der „Times“ bemerkt: Hinter den Verhandlungen über den Vertrag steht sicher mehr, als aus Stimmens vorläufigen Anspielungen geschlossen werden kann. Es soll ein deutsch-amerikanischer modus operandi, der von jeder Verbindung mit dem Youngplan und seiner internationalen Bank frei ist, geschaffen werden.

Die schwere Erkrankung des Fürsten Bülow

W.D. Rom, 26. Okt. (Tel.) Das Befinden des Fürsten Bülow ist unbedeutend ernst.

Arno Holz †

W.D. Berlin, 26. Okt. (Tel.) In der vergangenen Nacht starb hier im Alter von 65 Jahren der Dichter Arno Holz.

Grundsteinlegung des Kölner Universitätsneubaues

W.D. Köln, 26. Okt. (Tel.) Bei der Grundsteinlegung des Universitätsneubaues hielt heute der preussische Kultusminister, Professor Dr. Beder, eine Ansprache. Die Universität Köln sei eine der größten in deutschen Vaterlande. Sie sei aus einer Handelshochschule hervorgegangen. Die enge Verbindung mit dem Wirtschaftsleben habe ihr von Anfang an ein charakteristisches Gepräge verliehen.

Die Lage in Kabul

W.D. London, 26. Okt. (Tel.) „Daily Telegraph“ berichtet aus Kabul: Alle Regierungsbüros in Kabul sind wieder geöffnet und mit Männern besetzt, die sich früher im Dienste Amanullahs befanden.

Das schweizerische Budget 1930

Der schweizerische Bundesrat genehmigte am Freitag das eigenständige Budget für 1930, welches bei 333 Millionen Franken Ausgaben einen Überschuss von 110 000 Franken vorweist.

Sämtliche Ausgaben, mit Ausnahme derjenigen für das Militär, die genau gleich hoch sind wie im Vorjahr, sind etwas gestiegen. Bedeutende Ausgaben von rund 6 Mill. Franken hat das Departement des Innern wegen erweiterter Bekämpfung der Tuberkulose und größerer Bauten. An Einnahmen steht das Budget vor: ordentliche Stempelsteuerabgaben 59 Mill., außerordentliche Stempelsteuerabgaben 1,5 Mill., Einfuhrzölle 21 Mill., Zinsen 236 Mill., Tabak 21,8 Mill. und statistische Gebühr 12 Mill. (bisher rund 8 Mill.). Die Zuschüsse an die Gemeindeverwaltung belaufen sich auf 17,2 Mill., wovon 12 Mill. zu Lasten der statistischen Gebühr gehen; 5,2 Mill. Franken machen die Maßprämien aus.

Rundgebung der Stadt Mainz. Die Stadtverwaltung von Mainz nahm gegen zwei Stimmen eine Rundgebung an, in der die Bevölkerung aufgefordert wird, das Volksbegehren nicht zu unterstützen. - Es wäre unverantwortlich, so heißt es in der Rundgebung, durch Ablehnung des Youngplanes dem besetzten Gebiet eine Verlängerung des Besatzungsdruckes und der wirtschaftlichen und seelischen Not zu bringen. - In der Stadt Mainz, die 79 000 Wähler hat, haben sich, nach einer Meldung der „Voss. Zeitung“, bisher 120 Personen in die Liste eingetragen.

Oberbürgermeister Weg aus Berlin ist Freitag früh aus New York abgereist.

*Zur französischen Kabinettskrise

Briand muß doch aus irgendeinem tieferen Grunde, den die Öffentlichkeit bis jetzt noch nicht erfahren hat, die Luft an der Ministerpräsidentenschaft verloren haben. Jedenfalls hat er es aufs bestimmteste abgelehnt, von sich aus die Bildung eines neuen Kabinetts zu übernehmen. Ja, er hat sich sogar die Entscheidung darüber, ob er in einem neuen Kabinetts wieder den Posten des Außenministers übernehmen wolle, vorbehalten.

Der Präsident der Republik hat nunmehr den Vorsitzenden der stärksten Partei der Kammer, der radikalen Partei, Herrn Daladier, mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt. Die Partei selbst ist damit einverstanden, daß Daladier den Auftrag durchführt. Natürlich kann es sich nur um ein Kabinetts der Linken handeln.

Die Aussichten in der Kammer wären für ein solches Kabinetts nicht schlecht, wenn die Gruppe Loucheur mit ihren 54 Abgeordneten der Koalition beiträgt, und wenn die Sozialisten sich verpflichten, das Kabinetts zu unterstützen. Mit einer offiziellen Teilnahme der Sozialisten an der Regierung ist nach dem letzten Beschluß des sozialistischen Parteitag wohl noch immer nicht zu rechnen, aber es würde ja auch genügen, daß die Fraktion dem Kabinetts ihre wohlwollende Unterstützung zuläßt. Denn dann könnte das Kabinetts in der Kammer sich auf eine ausreichende Mehrheit stützen.

Alle Linksparteien sind entschlossen, die Linie der Briand'schen Außenpolitik fortzuführen. Auf dem Parteitag der wichtigsten und stärksten Linkspartei, auf dem Parteitag der Radikalen, ist der Wunsch nach konsequenter Fortsetzung der Außenpolitik Briands mit aller Entschiedenheit betont worden. „Aufrechterhaltung einer freundschaftlichen Entente mit England“ und „deutsch-französische Annäherung“ sind die wichtigsten Punkte des außenpolitischen Programms der Radikalen. Die Nachkriegsprobleme sollen endgültig liquidiert werden, und zwar auf der Grundlage des Youngplans und der Abmachungen im Haag.

Diese Festlegung auf den Youngplan ist um so bedeutender, als von nationalitätlicher Seite in letzter Zeit mit wachsender Energie gegen Youngplan und Rheinländeräumung agitiert wird. Diese Agitation hat sich jetzt sogar zu einer Eingabe verdichtet, welche der unter dem Vorsteh der Generals Marbais stehende „Nationalausschuß gegen die Rheinländeräumung“ an den Präsidenten der Republik gerichtet hat. In der Eingabe wurden auch die Verhandlungen über eine frühzeitige Rückgabe des Saargebietes beurteilt.

Inzwischen hat sich die Situation in Paris dadurch etwas kompliziert, daß Daladier die sozialistische Partei schriftlich aufgefordert hat, offiziell in das Kabinetts einzutreten, und für den Fall einer Ablehnung seinen Auftrag zur Kabinettsbildung in die Hand des Präsidenten der Republik zurückzugeben will.

Daneben ist auch die Möglichkeit einer Kabinettsbildung durch die Sozialisten, und zwar durch Paul Boncour, aufgetaucht. In einem solchen Kabinetts unter sozialistischer Leitung würden natürlich auch Mitglieder der radikalen Partei sitzen.

Am Montag soll die Krise in ihre entscheidende Phase eintreten. Ziemlich allgemein erwartet man eine ablehnende Antwort der Sozialisten an Daladier. Wahrscheinlich wird dann versucht werden, Daladier für die bereits oben erwähnte Kombination eines Linkskabinetts mit inoffizieller Unterstützung der Sozialisten zu gewinnen.

Reform der Krankenversicherung

Im Reichsarbeitsministerium wird, wie die „Voss. Zeitung“ berichtet, demnächst eine Besprechung über den Ausbau der Krankenversicherung stattfinden. Als Unterlage der Besprechung sollen die in einem Referentenentwurf aufgestellten Grundzüge dienen, da ein Gesetzentwurf noch nicht vorliegt. Es soll, dem genannten Blatt zufolge, geprüft werden, inwieweit der Kreis der Versicherten und das Ausmaß der Leistungen den sozialen Bedürfnissen besser angepaßt werden können. Insbesondere soll der Familienschutz der Krankenversicherung durch verschiedene Maßnahmen (Krankenhilfe für Familienangehörige, Familienzulagen zum Kranken- und Hausgeld) verbessert werden. Der zweite Punkt der Erörterungen wird sich mit dem Aufbau der Krankenversicherung befassen. Es ist geplant, für das ganze Reich einen Hauptausschuß für Krankenversicherung zu bilden, in dem die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Verbände der Krankenkassen, die Ärzteverbände und die soziale Medizin vertreten sind. Dieser Hauptausschuß soll für die Durchführung der Krankenversicherung Richtlinien aufstellen.

